

2010/2/3 Abstract: Die materielle Aufrüstung der Bundeswehr in ihrer Aufbauphase 1953-1958. Staatsräson, sicherheitspolitische Notwendigkeiten und Außenhandelsausgleich

Die materielle Aufrüstung der Bundeswehr in ihrer Aufbauphase 1953-1958

Staatsräson, sicherheitspolitische Notwendigkeiten und Außenhandelsausgleich

Dieter H. Kollmer

Als im Frühjahr 1955 die Entscheidung getroffen worden war, der Bundesrepublik Deutschland die Aufstellung eigener Streitkräfte im Rahmen der Verteidigung der NATO zu genehmigen, wurde sehr schnell deutlich, dass nun eines der schwerwiegendsten Probleme für die Regierung in Bonn die schnellstmögliche, effiziente Beschaffung der Ausrüstung der Soldaten und des für die Verteidigung entlang der innerdeutschen Grenze benötigten Großgerätes (wie z.B. Panzer, Kampfflugzeuge und Kriegsschiffe) sein würde. Die Bundesregierung war zweifelsohne bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Aufrüstung ihrer Streitkräfte voranzutreiben, aber nicht zu jedem Preis. Sie verdeutlichen die Komplexität der Rüstungsgüterbeschaffung in der Aufbauphase der Bundeswehr. Aus dem Nichts musste eine konventionelle Armee von einer halben Million Mann aufgestellt werden. Eine Herausforderung, die zu vielen Besonderheiten führte und ein aufwendiges Beschaffungssystem entstehen ließ, welches in Deutschland bis heute die Entstehung eines militärisch-industriellen Komplex (wie zum Beispiel in den USA) verhindert hat. Die Aufrüstung der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland in den 1950er-Jahren war bestimmt von verschiedenen externen Faktoren, die sehr häufig zu suboptimalen Ergebnissen in der Beschaffung führten. Angefangen mit der Staatsräson, so schnell wie möglich der NATO rund 500.000 Bundeswehrsoldaten fertig ausgestattet und ausgebildet für die Verteidigung entlang der innerdeutschen Grenze bereit zu stellen, über die sicherheitspolitischen Anforderungen des nordatlantischen Bündnisses, die sich in den grundlegenden Veränderungen der Verteidigungsstrategie niederschlugen, bis hin zum Ausgleich der Außenhandelsalden mit europäischen Verbündeten, führten diese Einflüsse dazu, dass die Aufrüstung der Bundeswehr mehr Zeit und Finanzmittel in Anspruch nahm, als notwendig gewesen wäre. Dieser Sonderfall verdeutlicht aber auch die Schwierigkeiten einer Demokratie, die eigenen Kräfte optimal auf ein staatspolitisch wichtiges Ziel zu lenken. Der Bundesregierung gelang es in den 1950er-Jahren nicht die volkswirtschaftlichen Kräfte Westdeutschlands für diese bedeutende Herausforderung zu gewinnen. Das privatwirtschaftliche Gewinnstreben und der Erhalt eines fragilen sozialen Gleichgewichts standen im Vordergrund. Der Aufbau eines Instruments zur Verteidigung dieser Errungenschaften wurde von den Führungskräften der deutschen Wirtschaft und den Vertretern der Arbeitnehmer als nicht sehr dringlich erachtet. Zum Glück funktionierte das „Gleichgewicht des Schreckens“ bereits so gut, dass selbst der Aufstand des 17. Juni 1953 in der DDR, die Suezkrise und der Ungarnaufstand 1956 ohne erkennbare Gefahren für den Bestand der Bundesrepublik Deutschland vorüber gingen. Insbesondere durch die Unterstützung von den USA und die Einbindung in die NATO-Strukturen gelang es Westdeutschland bis 1963 die Aufstellung der Bundeswehr grundsätzlich abzuschließen. Aus den von der NATO geforderten drei Jahren waren am Ende acht Jahre geworden.

